

Ercheint wöchentl. 10mal mit illust. Sportblatt, Illust. Grads-Zeitschriften „Der Weltspiegel“, „Wochenpiegel“, „Kunstspiegel“, „Technische Rundschau“, „TON und BILD“, „Foto-Spiegel“, „Eis“, „Hans Hof-Garten“ mit „Jugendspiegel“, „Jede Woche Musik“, Bezugspreis: wöchl. 1,25 monatl. 5,00 einjährl. Zustellung durch die Botenfrank im voraus zahlbar, durch die Post 5,25 monatl. inkl. 90 Pf. Postgebühr inkl. Zustellung Anlages-Berung durch die Hauptpostämter in Österreich, Tschechoslowakei, Ungarn, der Schweiz, Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg, Holland, Dänemark, Schweden, Norwegen, Finnland, Lettland, Litauen, Estland, für alle übrigen Staaten ist das Bezugs nur mit Kreuzband durch die Expedition dieses Blattes möglich im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Verleger keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entgang. Betrages in Berlin abonniert man bei der Haupt-Expedition SW 100, Rudolf-Mosse-Haus und den nachsteh. aufgeführten Filialen. (Preispr.) Danhoff 84 (6. 2457, für d. Fernverkehr 4207-4208) Telagr. Adr.: „Berlinia“ Berlin-Rudolf-Mosse-Code, Postschekkonto: Berlin Nr. 924. Anzeigenpreis: Die 1000 Zeilen 1,00 Pfg. Die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen, in bestimmte Ausgaben oder an bestimmte Stellen wird nicht gewährleistet. Chefredakteur: Theodor Wolff in Berlin.



Insertaten- und Abonnements-Annahme in Berlin: Hauptexpedition SW 100, Rudolf-Mosse-Haus, Jerusalemstr. 46-49, Filialen: Badstr. 61, Büchelerstr. 68, Fennstr. 1, Fildenstr. 9, Frankfurter Allee 258 u. 260, Graefewaldstr. 197, Große Frankfurter Str. 89, Kochhausstr. 9, Koenigsplatz 19, Köpenicker Str. 67/68, Moritzplatz, Müllerstr. 135, Potsdamer Str. 89, Rahelstr. 9, Rheinberger Str. 79, Rosenfelder Str. 43, Schiffbauerdamm 2, Schobauer Allee 144, Tiergarten 61, Wiener Str. 1-8, Zimmerstr. 59, Charlottenburg, Kaiserdamm 20, Kanister 34, Nürnberg Str. 25/26, Scharrnstr. 21, Tauentzienstr. 2, Coppenick Schlossstr. 1, Friedenau Rheinstr. 19, Halensee Grödenstr. 1, Lehndorfer Platz, Lichtenberg, Frankfurter Allee 241, Lichterfelde West: Carlstr. 173, Neukölln: Berliner Str. 41, Hermannstr. 83/84, Kaiser-Friedrich-Str. 245, Niederschönower Brückenstr. 21, Wilmersdorf: Borkholmer Str. 1, Schöneberg Hauptstr. 203/4, Marien-Luther-Str. 5, Spandau: Breite Str. 47, Steglitz: Schlossstr. 24, Tegeler Berliner Str. 12, Tempelhof: Berliner Str. 147, Treptow: Grenzstr. 61, Weissensee: Berliner Allee 247 (Anstaltplatz), Wilmersdorf: Hohenzollernstr. 166, Kalerstr. 13, Ullanderstr. 88, in der Provinz: Brandenburg a. d. Havel: Hauptstr. 4; Breslau: Schweiditzer Str. 5; Frankfurt a. d. Oder: Regierungstr. 4a; Potsdam: Brandenburg Str. 33; Stettin: Mönchestr. 31, Druck und Verlag: Rudolf-Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt

59. Jahrgang • Nr. 458 und Handels-Zeitung Sonntag, 28. September 1930

Deutschland am Scheidewege

Von (Nachdruck verboten.)
Staatssekretär Dr. WILHELM AEBGG.

Zwölf Jahre deutscher Not, bestimmt durch das Diktat von Versailles, das uns einen langen Weg politischer Demütigung führte und uns auf Jahrzehnte hinaus Lasten ohnegleichen auferlegte, bestimmt durch die deutsche Wirtschaftskrise mit ihren Millionen von Arbeitslosen, zu der in der jüngsten Zeit die allgemeine Krise der Weltwirtschaft verschärfend hinzutrat — dieser zwölfjährige Leidenweg hat in Deutschland die Atmosphäre erzeugt, deren sichtbarster Niederschlag das Wahlergebnis des 14. September war: die Atmosphäre des hoffnungslosen Pessimismus. Man ist irre geworden an Republik, Demokratie und Parlamentarismus. Zwölf Jahre vergeblichen Wartens auf den grossen Umschwung zum Besseren, die Enttäuschungen, die auf unerfüllbare Versprechungen der Parteien in allzu häufig ausgefochtenen Wahlkämpfen folgten, die Fehler mehrerer unzulänglicher Regierungen haben in Millionen die Ueberzeugung erweckt, dass die Schuld an aller Not nur beim herrschenden System selbst liegt, dass nur radikaler Kurswechsel Rettung bringen könne. Diktator heisst der Begriff, der, ausgesprochen oder unausgesprochen, sich zum Beherrscher des politischen Denkens aufgeworfen hat. Die Erinnerung an glanzvolle Zeiten der Monarchie, scheinbare Erfolge diktatorisch regierter Staaten der Gegenwart, in riesenhafter Vergrößerung gesehen, erwecken die grosse Sehnsucht nach dem starken Mann, der, unbeschwert von allen Bindungen, mit mächtigem Zugriff in dem Chaos Ordnung schafft. Und in unserem Volk der Landsknechte und Soldaten, dem bedingungslose Hingabe an den Führer im Blute liegt, das Jahrhundert hindurch im Korporal und im Leutnant den „Diktator“ zu sehen gewohnt war, herrscht diese Sehnsucht nicht nur in den Parteien, denen, wie dem Nationalsozialismus und dem Kommunismus, Diktator ein programmatisches Ziel ist — sie geht regellos durch die Wählermassen aller Parteien von rechts und von links. Das deutsche Volk ist ungeduldig geworden; es will nicht warten.

Dieser schwarzsehende Katastrophen-Pessimismus, der die Gegenwart erfüllt, ist das Symptom politischer Unruhe, der das Gefühl fehlt für die Zeitmasse, mit denen im Leben der Staaten und Völker gerechnet werden muss, die dem neuen Staat und seinen Männern die Schuld gibt an Nöten, die in Wahrheit ein Erbe des alten Regimes sind. Diese Unfähigkeit zum politischen Denken ist begründet in der mangelnden Tradition einer politischen Kultur. Vor einem Jahrhundert etwa, in den Jahrzehnten von den Freiheitskriegen bis zur grossen demokratischen Bewegung der Jahre 1848/50, war freilich so etwas wie eine politische Kultur in Deutschland im Werden. Aber das halbe Jahrhundert des Bismarckschen Reichs, des Obrigkeitstaats, dem mehr an einem Volk von Untertanen als von verantwortungsbewussten Staatsbürgern lag, hat die Keime dieser Saat vernichtet. Die Deutschen müssen heute von neuem beginnen, politisch denken zu lernen, und politisch denken, das bedeutet, in Epochen denken. Unsere Blicke sind zu sehr festgebannt an den Ereignissen des Tages und der Stunde, an einer Arbeitlosensniffer, einer Kabinettskrise, einer Absatzstockung. Wir müssen lernen, über den Augenblick hinauszusehen. Wir rechnen nach Wochen und Monaten, ein politisch reifes Volk denkt in Jahrzehnten.

Die Staatsumwälzung des Jahres 1919 bedeutete den grossen Wendepunkt in Deutschlands politischem Schicksal, den Beginn einer neuen Epoche. Aber an der Schwelle einer jeden neuen Zeit stehen Jahre der Geburtswehen, der Erschütterungen und des ährenden Auf und Nieder. Und das solche Zeiten der Gärung nur überstanden werden können durch Zähigkeit und Geduld, indem man das Einzelergebnis einordnet in den grossen Zusammenhang des Geschehens — dafür gibt es keinen eindringlicheren Lehrmeister, als das englische Volk, das Europa voranging auf dem Wege zu Freiheit und Demokratie.

Deutschlands und Frankreichs wirtschaftliche Zusammenarbeit.

Unterredung mit dem französischen Handelsminister Flandin.

Von unserem Korrespondenten Dr. WILLY RUPPEL.

GENEVE, 26. September. In Zusammenhang mit den während dieser Tagung öffentlich und in vertraulichen Besprechungen behandelten Wirtschafts-problemen, der Gründung der Europa-Kommission und der hier mehrfach erörterten Frage der deutsch-französischen Zusammenarbeit werden Ausführungen besonderes Interesse finden, die der französische Minister für Handel und Industrie, Flandin,

in einer mir freundlichst gewährten Unterredung gemacht hat, und in denen er seine Auffassung von der wirtschaftlichen Zusammenarbeit Deutschlands und Frankreichs entwickelte.

Er begann mit der grundsätzlichen Feststellung: „Das europäische Problem darf nach meiner Meinung nicht in einem Geiste untersucht werden, der auf die Herstellung einer geschlossenen europäischen Wirtschaft abzielt. Eine solche Auffassung würde uns in der übrigen Welt schweren Schaden zufügen. Die Lösung“, so fuhr er fort, „muss in einer methodischen und dauerhaften Entwicklung der Konsumfähigkeit in Europa selbst gesucht werden. Das heisst, dass Erzeugnisse, über die unser Kontinent im Ueberflusse verfügt, Absatz finden müssen, ohne dass die Ausschaltung der überseeischen Lieferanten in Frage kommt, deren wir nicht entbehren können und die ebenso wenig auf uns verzichten können.“ Der Minister ging sodann auf die Frage der deutsch-französischen Zusammenarbeit selbst ein und erklärte: „Seien Sie versichert, dass ich ebenso wie unser ganzes Land mir der

Schwierigkeiten, unter denen die deutsche Wirtschaft leidet,

voll bewusst bin. Deutschland hat seine Konsumfähigkeit zu einem sehr hohen Grade entwickelt und muss diese Konsumkraft bewahren. Ich bin ebenso überzeugt, dass alle Massregeln, die von den leitenden französischen und deutschen Persönlichkeiten gemeinsam im Geiste der Zusammenarbeit getroffen werden, darauf abzielen müssen, das deutsche Volk bei der Ueberwindung seiner derzeitigen Schwierigkeiten zu unterstützen. Deutsche und Franzosen haben ein gleiches Interesse an der Erweiterung des europäischen Marktes und an der Hebung der Kaufkraft dieses Marktes. Mit anderen Worten:

Das Problem der Entwicklung Mittel- und Osteuropas als Markt für den Konsum muss nach meiner Ansicht

auf dem Wege der französisch-deutschen Zusammenarbeit gelöst werden.“

Minister Flandin führte diese Gedanken im einzelnen aus: „Deutschland bildet für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse einen grossen Absatzmarkt. Die Hebung der Kaufkraft der Donaustaaten hängt aufs engste mit einer Verbesserung des Absatzes ihrer landwirtschaftlichen Erzeugnisse zusammen, und dies hängt wiederum von einer besseren und umfangreicheren Kreditorganisation ab. Dieser Hinweis genügt, um die Doppelrolle Frankreichs und Deutschlands klar hervortreten zu lassen. Ausserdem ist

der Anteil der Landwirtschaft in Deutschland wie in Frankreich so wichtig,

dass das europäische Landwirtschaftsproblem in bezug auf unsere beiden Länder nur in voller Uebereinstimmung mit den Interessen unserer landwirtschaftlichen Produzenten gelöst werden kann, die auf keinen Fall den industriellen Interessen geopfert werden dürfen.“

„Die Besprechungen“, so fuhr der Minister fort, „die ich sowohl mit den berufenen Vertretern der deutschen Wirtschaft wie mit denjenigen Mitteleuropas geführt habe, haben mir bewiesen, dass mit gutem Willen eine Lösung gefunden werden kann und muss, die, ohne den guten Beziehungen zu unseren überseeischen Lieferanten und Kunden, die wir aufrechterhalten wollen, zu schaden, der französisch-deutschen und der europäischen Wirtschaft eine besondere Zukunft sichert.“

Minister Flandin schloss seine Darlegungen mit dem nachdrücklichen Hinweis: „An dem Tage, an dem ein jeder in Deutschland wie in Frankreich begreifen wird, dass französisch-deutsche Zwietscherei nur Ruin und Elend herbeiführen können, und dass

die deutsch-französische Zusammenarbeit auf dem Festlande die Bedingung der wirtschaftlichen Erholung Europas

ist, wird ein grosser Schritt zurückgelegt sein, nicht nur auf dem Wege des Friedens, sondern auch auf der Bahn des Fortschritts, nicht mit Reden oder Strassenumzügen vorbereitet, sondern durch die wirkliche Hebung der Wohlfahrt der arbeitenden Klassen.“

Der grosse Bruch mit dem Alten, der Uebergang in neue politische Lebensformen, den unserm Volke die Weimarer Verfassung brachte, war in England ein Ergebnis des stürmischen 17. Jahrhunderts, an dessen Anfang das Gottesgadenium und an dessen Ende die Idee des souveränen Volkes steht. Die Zäsur zwischen dem Alten und dem Neuen war damals genau so einschneidend, wie für das deutsche Volk der Uebergang von der Monarchie zur Republik. Denn der Staat der Stuarts und der Tudors, unter dessen Zeichen das Jahrhundert beginnt, war noch weit mehr ein Obrigkeit- und Polizeistaat als das Bismarcksche Reich, und für die Stuarts war das Gottesgadenium ebenso unantastbar wie für die Hohenzollern. Der Kampf um Parlamentarismus und Demokratie währte länger als ein halbes Jahrhundert, vom Verfassungskonflikt des Jahres 1629 bis zur gloriosen revolution des Jahres 1688. Schon um die Mitte des Jahrhunderts, in den Tagen Cromwells, brach freilich der Stuart-Absolutismus zum erstenmal unter dem Ansturm der Revolution zusammen. Das Parlamentarische besiegte das Königsheer Karl I., der König von Gottesgadenium, wurde festgesetzt und 1649 enthauptet. Die zuvor verletzten Volksrechte schienen gesichert. Aber es folgten die friedlosen Jahre von 1649 bis 1660, die Zeit der Militärdiktatur, der Cromwellschen Soldatenräte, die Zeit der ewigen

Staatsstrieche, Jahre der Gärung und Erschütterung, wie sie jetzt Deutschland durchlebt. Sie erzeugten in England denselben Geist ermatteter Verzweiflung, der jetzt im deutschen Volk bei Millionen den alten bevormundenden Obrigkeitstaats als das verlockende Wunschbild erscheinen lässt. Und das englische Volk während dieser Lockung nicht der Stuart-König Karl II. wurde zurückgerufen, man kehrte heim in den ruhigen Hafen des Absolutismus und Gottesgadeniums, man legte sich freiwillig die Kette an, die man eben noch entschlossen zerbrochen hatte. Unter rauschendem Jubel hielt Karl II. 1660 seinen Einzug. Das Heilmittel schien gefunden, England schien gerettet. Das Verlangen nach Ruhe und Konsolidierung wurde auch gestillt. Aber es war die Ruhe eines Kirchhofes. Diese Restaurationszeit von 1660 bis 1688 war für Englands Entwicklung tot. Keinen Schritt hat das englische Volk auf seinem grossen weltpolitischen Wege weiter. England ist damals eine Macht dritten Ranges, und der Nachfolger Karls II., Jakob II., einer der unfähigsten und zugleich ammassendsten Herrscher, die je auf dem englischen Thron sass, droht den englischen Staat in Grund und Boden zu wirtschaften. Jetzt wurde es klar: die Tat des Jahres 1660, die Rückkehr zu Absolutismus und Gottesgadenium war nichts als eine Verzweigungslösung für den Augenblick gewesen.

Table with financial data, including Aktien, Anleihen, and other market indicators. Columns include values and percentages.